

Österreich



SPÖ und Grüne sind keine Alternative

Auch in Österreich zeigen SPÖ und Grüne, dass sie nicht anders sind. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Fusion: Hat der ÖGB keine anderen Sorgen?

Wochenlang war der ÖGB nur durch die geplatzte Fusion zwischen GMT, GPA, DJP, GdCH und ANG in den Medien. Die Angriffe der Regierung scheinen die Gewerkschaftsbosse nicht zu interessieren. SEITE 3

Schwerpunkt



4 Jahre Bush - Was nun? Zeit für Kerry?

Der Wahlkampf in den USA erhitzt auch in Europa die Gemüter. Was bleibt von 4 Jahren Bush? Ist Kerry wirklich besser als Bush? Gibt es Alternativen? SEITEN 4/5

Internationales



Deutschland: SAV gewinnt 3 StadträtInnen

Nach dem Einzug ins Stadtparlament von Rostock gewannen nun die GenossInnen der SAV (Schwesterpartei der SLP) in Köln und Aachen je 1 Mandat. SEITE 7

“Reformen” sind Betrug!



Von Laura Rafetseder,
SLP Wien-Mitte

76% der Bevölkerung sind der Meinung, die Pensionsreform sei ungerecht. 75% glauben, dass sie nach der "Pensionsharmonisierung" weniger Geld bekommen werden. 70% erwarten sich von der Gesundheitsreform keine Verbesserungen. Zwei Drittel der Bevölkerung meinen, das Leben sei seit der EURO-Einführung spürbar teurer geworden. Nur 3 % der Bevölkerung sind der Meinung, die Regierung leiste sehr gute Arbeit.

Der Reformkurs läuft super, meint Wolfgang Schüssel.

KEIN GELD FÜR ARBEITNEHMERINNEN?

Schüssel und Co. zerschlagen nun auch die Reste des Pensions-, Gesundheits- und Sozialsystems. Die Botschaft an ArbeitnehmerInnen, Jugendliche, Frauen, Arbeitslose, Alte und Kranke ist dieselbe: Für euch ist kein Geld mehr da. Wer heute jung ist, für den ist Zukunft eine Drohung: Aussichten auf einen sicheren Job, Aussichten auf eine existenzsichernde Pension, Aussichten auf den Lebensstandard unse-

rer Eltern in den 70er Jahren sind gleich null. Gesundheitliche Vorsorge? Besser nicht krank werden! Höhere Löhne? Gar nicht erst dran denken! Pensionskürzungen, Spitalschließungen, reale Lohnkürzungen und Privatisierungen werden uns als Verbesserung verkauft – obwohl die breite Bevölkerungsmehrheit diese Verschlechterungen täglich schmerzhaft spürt.

“Verluste von 20 % und mehr sind möglich” lautet das vernichtende Urteil der Arbeiterkammer zur sogenannten Pensionsharmonisierung. Doch damit nicht genug: Bei Post und ÖBB drohen Personalabbau und Stellenkürzungen. Im Rahmen der Gesundheitsreform soll Gesundheit zur Ware gemacht werden. Bei den Herbstlohnrundern drohen Abschlüsse unter der Inflationsrate und Arbeitszeitflexibilisierung. Unternehmen und Regierungen versuchen international den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse zu senken. Will heißen: Mehr Geld für die Superreichen, weniger Geld für alle Anderen. Hinter all diesen Angriffen steckt die Krise des Systems Kapitalismus. Anders als während des Nachkriegsauf-

schwungs wollen und können sich die Unternehmen Wohlstand für die breite Bevölkerungsmehrheit einfach nicht mehr leisten. Die wirtschaftliche Krise wird auf unserem Rücken ausgetragen. Die Zukunft, die uns der Kapitalismus bieten kann: keine.

NEOLIBERALER EINHEITSBREI DER ETABLIERTEN PARTEIEN

Die Politiker aller etablierten Parteien wundern sich über sinkende Beliebtheitswerte und beklagen sich bitterlich, dass die Bevölkerung kein Verständnis für “nötige” Reformen hat. Die Mehrheit der Bevölkerung ist mittlerweile überzeugt, dass Politiker überbezahlt, unterbeschäftigt und korrupt sind. Ist es da ein Zufall, dass zwei Drittel kein Interesse mehr an der Innenpolitik haben, wenn es keine Partei mehr gibt die Interessen der Beschäftigten vertritt? Auch SPÖ und Grüne beteiligen sich in Ländern und Gemeinden an Sozialkürzungen und setzen sie selbst um.

WIE KÖNNEN DIE ANGRIFFE GESTOPPT WERDEN?

Um die Angriffe zurückzu-

schlagen und eine Verschlechterung unserer Lebensbedingungen zu verhindern, brauchen wir kämpferische und demokratische Gewerkschaften. Ein kämpferischer ÖGB müsste alle Betroffenen und vor allem seine eigenen Mitglieder zu Kampfmaßnahmen mobilisieren. Ein eintägiger Generalstreik könnte der Regierung zeigen, dass sie nicht freie Hand bei ihren “Reformen” hat. Die Streiks des letzten Jahres haben bewiesen, welche potentielle Macht in den Händen der Beschäftigten liegt – bei den Pensionsstreiks haben fast 1 Million Menschen die Arbeit niedergelegt. Der Eisenbahnerstreik hat der Wirtschaft tatsächlich wehgetan, die Regierung stand unter enormen Druck. Dem ÖGB fehlte allerdings die Bereitschaft diesen Streik konsequent zu unterstützen – also vor allem für seine Ausweitung auf andere Bereiche zu sorgen.

WIE KÖNNEN STREIKS GEWONNEN WERDEN?

Aus diesen Kämpfen können wichtige Lehren für kommende Kämpfe gezogen werden: Streiks müssen demokratisch organisiert werden. Mit Streik-

komitees könnten die Belegschaften selbst in die Organisation einbezogen werden, sodass Streiks nicht einfach von “Oben” abgedreht werden. Wir glauben, dass demokratische Strukturen im ÖGB allerdings nur durch eine breite, überfraktionelle Opposition von unten durchgesetzt werden kann. Deshalb haben wir die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaft mitgegründet. Angesichts der rollenden Angriffe schlagen wir für diese Plattform eine BetriebsrätInnen- und AktivistInnenkonferenz im Dezember vor. Für einen kämpferischen ÖGB ist eine politische Alternative in Form einer neuen ArbeiterInnenpartei, die sich konsequent gegen alle Kürzungen und Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen stellt, notwendig. Denn wer die Sparlogik des Kapitalismus akzeptiert (“Es ist ja kein Geld da...”) wird im Endeffekt klein beigegeben müssen. Darum sollte eine neue Partei sich auch gegen den Kapitalismus selbst richten und für eine grundlegend andere – nämlich sozialistische – Gesellschaft eintreten.

Der Standpunkt

Helft und liebt
PolitikerInnen

von Sonja Grusch



In "Offen Gesagt" am 26.9. berichteten Andreas Khol (ÖVP), Susanne Riess-Passer (FPÖ) und Karl Schlögl (SPÖ) in trauriger Eintracht über das harte Los der PolitikerInnen. Sie erzählten von Existenzängsten der JungpolitikerInnen vor dem Mandatsverlust. Sie leugneten empört die "Versorgungsposten" und verstanden nicht, warum PolitikerInnen so ein schlechtes Image haben.

Ich schlage vor HLP zu gründen: "Helft und liebt PolitikerInnen". Dank eines Spendenfonds wird HLP in Not geratenen PolitikerInnen unter die Arme greifen. Psychologische Beratung wird helfen, über den Verlust des Dienstwagens wegzukommen. Und mittels Werbekampagne wird HLP gewährleisten, dass unsere PolitikerInnen endlich die Anerkennung bekommen, die sie verdienen! Denn sie sind nicht anders, als du und ich! Sie wissen, wie es ist, mit 50 und dank Schwerarbeit kaputtem Kreuz monatlang erfolglos zum Arbeitsamt zu gehen. Es ist kaum ein Unterschied zwischen der Mindestpension von EUR 643,54 Euro und einer Politikerpension von EUR 6.400 (Bartenstein). Und Sie haben sicher auch, wie Susanne Riess-Passer, nach dem Ausscheiden aus dem Job ein Jahr lang das Recht auf Gehaltsfortzahlung in der Höhe von EUR 16.500.

Das Bild der ÖsterreicherInnen von den PolitikerInnen ist realistischer: Laut einer IMAS-Umfrage ist die Mehrheit überzeugt, dass Nationalratsabgeordnete für ihr Amt keine großen Fähigkeiten mitbringen. 69 % meinen, dass ParlamentarierInnen keine finanziellen Sorgen haben, nur 28 %, dass Abgeordnete große Verantwortung tragen und nur 12 % glauben, dass Abgeordnete nach einem politischen Misserfolg mit leeren Händen dastehen.

PolitikerInnen leben offensichtlich – als Folge ihres Einkommens, ihres sozialen Umfeldes und ihres Umganges v.a. mit ihresgleichen – in einer abgehobenen Scheinwelt. Ich habe von der Idee zu einer neuen Doku-Soap gehört: PolitikerInnen sollen eine Woche lang das Leben von normalen Menschen, mit normalen Jobs, Wohnungen und Einkommen leben. Ob sich da wohl Freiwillige finden werden?

P.S. Der Parlamentsabgeordnete unserer irischen Schwesterpartei verdient nicht mehr als ein normaler Arbeiter, der Rest des Parlamentariergehaltes wird für die Unterstützung von Arbeitskämpfen verwendet.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP)
Sitz der Redaktion: 1070 Wien, Kaiserstraße 14/11; Chefredaktion: John Evers
Druck: Druckerei Fiona, Wien;
Herstellung- und Verlagsort: Wien
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733
DVR: 0820202

Achtung: Die rosa-grüne Praxis

Rot und Grün in Regierungsverantwortung: Auch in Österreich keine Alternative

Von Sonja Grusch,
SLP Wien Nord

Um festzustellen, dass SPÖ und Grüne keine Alternativen anbieten, muss man nicht nach Deutschland schauen. Auch in Österreich haben das beide Parteien schon bewiesen.

WIEN:
ABSOLUTER SOZIALABBAU

In Wien – mit einer absoluten Mehrheit der SPÖ – wurden die MA 12 "wien-sozial" und die MA 47 "Pflege und Betreuung zu Hause" per 31.12.03 aufgelöst, in Folge zerstückelt und größtenteils an den "Fonds Soziales Wien" (FSW) ausgegliedert. Die öffentliche Hand wird in Zukunft einen "politischen Auftrag" und ein Globalbudget an den FSW erteilen. Wie die knappen Mittel eingesetzt werden, also wo gekürzt wird – hier überlässt die SPÖ dann anderen nobel die Entscheidung. Auch wer sich – aufgrund der verschlechternden sozialen Lage – in Wien um Wohnbeihilfe oder Sozialhilfe bemüht, merkt rasch, dass hier das Personal knapp ist. Die Folge sind oft monatelange Wartezeiten auf soziale Unterstützung. Wie die Menschen, die meistens keine Reserven haben, über diese Zeit kommen sollen, das beantwortet uns Michael Häupl, der sich in diesen Tagen feiern lässt, nicht. In Salzburg können die VertragslehrerInnen



berichten, was die SPÖ an der Regierung bedeutet. Sie wurden mit Ende des Schuljahres im Juli gekündigt, und mit Schulanfang im September wieder eingestellt. Dazwischen erhielten manche – die noch nicht genug Versicherungsmonate haben – nicht einmal Arbeitslosenunterstützung. Trotz oft zu großer Klassen wurde keinE einzige zusätzlicher LandeslehrerIn eingestellt.

KÄRNTEN: KOALITION MIT
RECHTSEXTREMEN

Das die SPÖ kein Bündnispartner im Kampf gegen Rechtsextremismus ist, hat sie nicht erst durch die Koalition mit der FPÖ in Kärnten bewiesen. Schon in den 90er Jahren verabschiedete eine SPÖgeführte Regierung Gesetze

gegen ImmigrantInnen. Und in vielen Gemeinden gibt es durch SPÖ-GemeinderätInnen Zustimmung zur Förderung rechtsextremer Verbände. Das "Haus der Heimat" z.B. erhielt 2003 in Wien 646.000 EURO Subvention, u.a. mit den Stimmen der SPÖ. Das "Haus der Heimat" wird vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstand (DÖW) als "zentraler Veranstaltungsort von Vorträgen mit Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland" bezeichnet.

SALZBURG:
MIT ABTREIBUNGSGEGNERN
FÜR FRAUENRECHTE?

Große Hoffnungen wurden durch Frau Burgstallers Ankündigungen geweckt, endlich Abtreibungen in Landesspitä-

lern zu ermöglichen. Rechts-extreme Abtreibungsgegner machten dagegen gemeinsam mit Kirche und ÖVP mobil. Statt in die Offensive zu gehen und die große Zustimmung zum Recht auf Abtreibung in der Bevölkerung zu nutzen, nimmt Burgstaller lieber an einem runden Tisch unter dem Vorsitz der Kirche teil, um ihre Koalition mit der ÖVP nicht zu gefährden.

OBERÖSTERREICH: GANZ
"NORMALE" POLITIK

Wer gehofft hat, mit dem Einzug der Grünen in die oberösterreichische Landesregierung würde die Landespolitik "anders", hat sich geirrt. Zwar gibt es ein Forschungsprojekt, das die NS-Zeit im "Gau Oberdonau" aufarbeiten soll – aber dafür laden die

Grünen den bekannten Deutschnationalen Roland Girtler zu einem Vortrag zum Thema "Zeitkulturen" ins "Grüne Haus" in Linz ein. Das oberösterreichische Antidiskriminierungsgesetz geht zwar weiter als ähnliche Maßnahmen in Wien, dafür kann der rechtsextreme BFJ (siehe Rückseite) aber in Linz ungestraft seine Flugblätter verteilen. Die politische Praxis zeigt, das in Oberösterreich 1022 Betreuungsplätze für AsylwerberInnen fehlen (das entspricht ca. 1/3 der gesetzlich vorgesehenen). Oberösterreich hat 445 Gemeinden bzw. 1.384.500 EinwohnerInnen. Und bei der geplanten Spitalsreform droht die Streichung von 1100 Betten. Im besten Fall kann man es mit den Worten eines ehemaligen Voest-Beschäftigten sagen: "Außer ein paar plakativer Meldungen kriegt man nichts mit von den Grünen".

ALTERNATIVLOSIGKEIT?

Warum gleichen sich die Maßnahmen der verschiedenen Parteien so, wenn sie an der Macht sind? Weil ihnen dieselbe Logik zugrunde liegt. Wer den Kapitalismus und seine Regeln als zentrales Entscheidungskriterium akzeptiert, MUSS Sozialabbau und Privatisierung betreiben. Alle Parlamentsparteien folgen der kapitalistischen Profitlogik. Und die führt sie alle – mögen vielleicht Details unterschiedlich sein – in dieselbe Richtung.

Neoliberalismus light?

SPÖ stellt Wirtschaftsprogramm vor

von Harald Mahrer,
SLP Wien-Süd

"Steinzeit, Vernichtungsprogramm für den Standort, Steuererhöhungsprogramm und Sozialromantik". Auch wenn die Reaktionen von Regierung und Wirtschaft auf den Entwurf des neuen SPÖ-Wirtschaftsprogramms klassenkämpferisch waren: Das Papier selbst ist bestenfalls haltlos.

EINHOLEN UND ÜBERHOLEN?

"Österreich muss in die Liga der fünf erfolgreichsten Industrienationen aufrücken, um weitgehende Vollbeschäftigung, Wohlstand und soziale Absicherung für alle Menschen zu erreichen", schreibt das SPÖ-Kompetenzteam in seiner Einleitung. Nicht reflektiert wird die Tatsache, dass der Kapitalismus heute nicht einmal im achtreichsten Land der Erde – Österreich – ein ordentliches Auskommen für Alle sichern kann. Wachsende Armut, Massenarbeitslosigkeit, Abbau der Sozialsysteme und wachsende Verteilungsungerechtigkeit – das sind unseres Erachtens die entscheidenden Fragen eines Wirtschaftsprogramms!

GEGEN DEN
NEOLIBERALISMUS?

Der Neoliberalismus ist laut SPÖ für Wenige und gegen Viele. Soweit so gut. Doch was setzt die SPÖ dem entgegen? "Eine moderne Gesellschaft braucht ein Bekenntnis zur Leistung und Solidarität, denn beide sind kein Gegensatz". Und weiter: "Wir verstehen uns als Anwältin des Wettbewerbs". 3 Ziele verfolgt die SPÖ mit ihrem Programm: Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Erreicht werden sollen diese Ziele vor allem mit Subventionen – also Geschenke an die Unternehmer. Die vorsichtig angedachte höhere Besteuerung von Vermögen, wurde bereits heftig dementiert. Im Bezug auf die Restverstaatlichte setzt die SPÖ lediglich auf österreichische Kernaktionäre – in diesem Punkt unterscheidet sie sich nicht von der Industriepolitik der bayrischen CSU. Für ArbeitnehmerInnen findet sich nur zwei konkrete Verbesserungsvorschläge: 1. Eine leichte Erhöhung des Arbeitslosengeldes und 2. die Möglichkeit die Gesamtsumme des Kindergeldes (36 x 364



EUR) in kürzerer Zeit zu konsumieren. Ansonsten ergeht sich das Programm in Widersprüchen: Studiengebühren Nein – Eliteunis (mit Gebühr) Ja, Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen Nein – privatwirtschaftliche Effizienzkriterien ja, Verlängerung der Ladenöffnungszeiten – vielleicht. Der konkreteste Hinweis im Wirtschaftsprogramm ist der Verweis auf den Umbau (also Sozialabbau) in den skandinavischen Ländern als großes sozialdemokratisches Vorbild.

SLP FÜR SOZIALROMANTIK!

Binnen weniger Stunden nach der Präsentation des Programms hat die SPÖ klar gemacht, dass alle Punkte die als Umverteilung von oben nach unten interpretiert werden könnten, Makulatur sind. Die SPÖ hat damit einmal mehr ihre Prioritäten unterstrichen. Die SLP tritt demgegenüber für ein klares Programm ein: Vergesellschaftung von Schlüsselindustrie, Banken und Versicherungen, öffentliche Dienstleistungen

unter Kontrolle von Beschäftigten und Gewerkschaften. Radikale Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich. Mindestlohn, -pension und -arbeitslosengeld von EUR 1.100,-- netto.

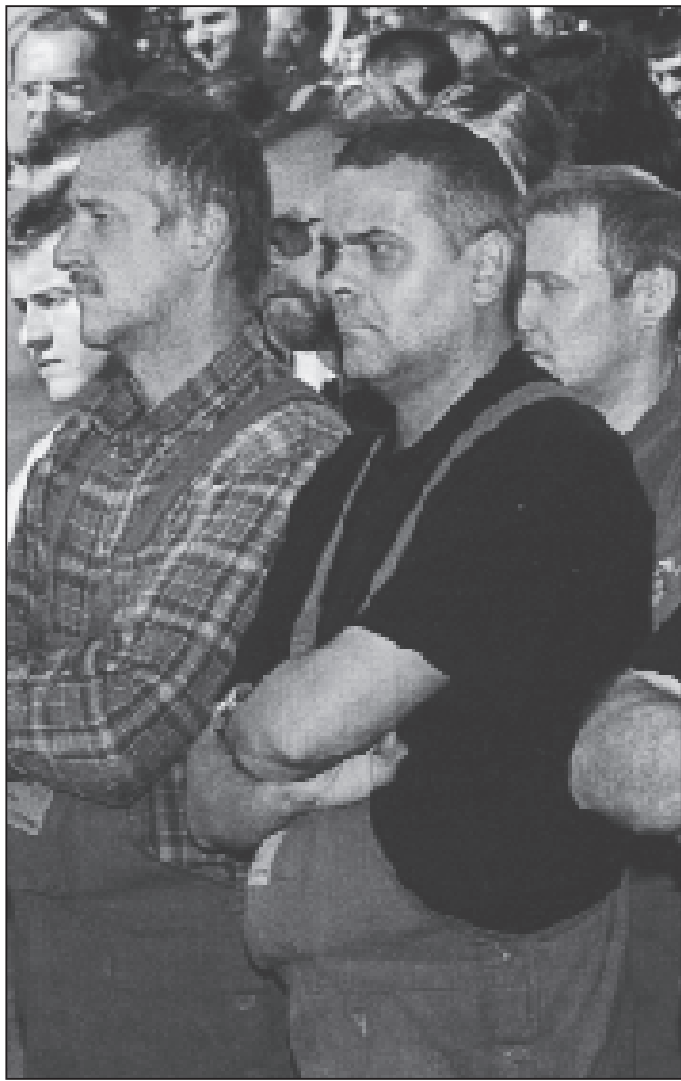
WEBTIPPS

Das SPÖ-Wirtschaftsprogramm ist auf www.spoe.at

Näheres zum Programm der SLP findet sich auf www.slp.at

Gemeinsam kämpfen statt schlecht fusionieren

Womit beschäftigt sich der ÖGB?



Von Florentin Döller,
SLP Wien-Süd

Nicht der Kampf gegen die weiteren Pensionskürzungen durch die "Harmonisierung" oder offensive Forderungen für die Herbstlohnrunder standen in den letzten Wochen auf der Agenda des ÖGB – sondern die gescheiterte Fusion der Gewerkschaft der Metaller (GMT) und der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA).

Die GPA und GMT stellen die beiden mitgliederstärksten Fachgewerkschaften des ÖGB dar. Sie haben vor mittlerweile drei Jahren den Entschluss gefasst sich mit den Gewerkschaften Agrar, Nahrung, Genuss (ANG), der Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier (DJP) und der Gewerkschaft der Chemiarbeiter (GdCH) zur "Neuen Gewerkschaft – G5" zusammenzuschließen. Das vermeintlich neue Hauptquartier in der Schlachthausgasse wird gerade errichtet.

Die KollegInnen (hier bei einer BV bei VA Tech) warten auf Antworten des ÖGB auf ihre brennenden Fragen. Vergeblich?

WARUM SCHEITERTE
DIE FUSION?

Die offizielle Begründung für das "auf Eis legen" der Fusion von Seiten des ÖGB lautete, dass für die GMT die geschäftlichen Tätigkeiten der GPA (50% an der Shopping Mall im Gasometer sowie eigene Wohnbauvereinigung) ein Problem darstellen und dies ein Hindernis für eine Fusion sei. Nun hat der Vorsitzende der GMT Rudolf Nürnberger schon recht, wenn er die Frage aufwirft in wie weit eine Gewerkschaft "Kapitalist" sein soll und muss, allerdings ist dies in Hinblick auf die Beteiligungen und Besitzstände des ÖGB (BAWAG/PSK, 20% an den Casinos Austria, Mehrheitsbeteiligung bei den Österreichischen Lotterien, 20% der Nationalbank,...-siehe Vorwärts 139) mehr als fadenscheinig.

Die geplante Fusion war von Anfang an ein unsinniges Projekt, das lediglich dazu dienen sollte, die Machtverhältnisse im ÖGB zu verändern. GPA-Chef Salmutter und GMT-Vorsitzender Nürnberger wollten mit diesem Akt den ÖGB-Präsidenten Verzetnitsch

schwächen und haben sich es jetzt – vermutlich aufgrund des Druckes der mittleren Funktionärschicht – allerdings anders überlegt. So wirklich traurig über das Scheitern des Zusammenschlusses scheinen beide nicht zu sein.

UMSTRUKTURIERUNG DES ÖGB

Die SLP tritt nicht grundsätzlich gegen eine Umstrukturierung des ÖGB ein. Zu überlegen wäre beispielsweise, ob es nicht Sinn macht, überall ArbeiterInnen und Angestellte einer Branche in derselben Gewerkschaft zu organisieren und das Prinzip "ein Betrieb, eine Gewerkschaft" umzusetzen. Noch wichtiger wären allerdings Fragen der gewerkschaftlichen Organisation von prekär Beschäftigten, aber auch der aktiven Einbindung von MigrantInnen. Die geplante und geplatze Organisationsreform ging allerdings an all diesen Punkten – ebenso wie an der Gewerkschaftsbasis – völlig vorbei.

HEISSER HERBST MUSS HER!

Mit der Gesundheitsreform,

der Pensionsharmonisierung, der Debatte um die Arbeitszeitverlängerung, dem Verkauf des Postbusses und einem weiterem Personalabbau bei der Post gäbe es genügend Angriffe von Seiten der Regierung und den Arbeitgebern, die zu bekämpfen wären. Doch in diesen wichtigen Fragen scheint der Gewerkschaftsführung jede Strategie zu fehlen. Der ÖGB wird seine echten strukturellen Probleme – vor allem die sinkenden Mitgliederzahlen – nicht durch Fusionen von oben, sondern nur durch die aktive Einbindung und Mobilisierung der Mitgliedschaft überwinden können.

T E R M I N

Mittwoch, 27. 10., Wien

DISKUSSION:
"Ist das Gesundheitssystem nicht mehr finanzierbar?"

mit Barbara Fröschl (SLP) und David Mum (GPA-Grundlagenabteilung)

SLP Wien-West (siehe Seite 6)

MitarbeiterInnenmodelle sind eine Sackgasse!

Gegen Arbeitsplatzabbau und Produktionsstilllegungen helfen nur Vergesellschaftungen!

Von Sven Hilberth, BRV Radio Orange 94.0, Michael Gehmacher, BR ÖHTB und John Evers, SLP-Wien Nord

Sei es in der ehemaligen Verstaatlichten (Elin, VOEST, VA-Stahl), oder in der "New Economy". Überall werden MitarbeiterInnenbeteiligungsmodelle als innovative Lösungen angeboten, Modelle "an denen alle verdienen". Was ist dran an der neuen Zauberlösung?

In der tiefen Krise der New Economy im Jahr 2000 stellte der damalige Betriebsrat einer Internetmedienfirma Christian W. folgende Perspektive auf: "Bald werden wir dafür zahlen müssen, dass wir hier arbeiten dürfen". Seine Aussage hatte schon damals einen wahren Hintergrund. In den USA gibt es bereits Firmenmodelle, die bei einer Jobauschreibung folgendes vorsehen: JedeR MitarbeiterIn muss zuerst TeilhaberIn des Unternehmens werden, bevor eine Arbeitsstelle bezogen werden darf. Die bei uns bereits übliche Praxis durch Scheinselbstständigkeiten das Unternehmensrisiko an die KollegInnen abzuwälzen, erhält so eine neue Qualität: Wer arbeiten will, soll gefälligst einen Kredit aufnehmen.

NUR DER PERSÖNLICHE
EINSATZ ZÄHLT?

Wirtschaftskrisen und Fehlentscheidungen des Managements sind die entscheidenden Ursachen für den Misserfolg eines Unternehmens im

Kapitalismus. Vertreter von MitarbeiterInnenbeteiligungsmodellen lassen diese Punkte bei ihrer grundsätzlichen Betrachtung komplett außer Diskussion. In der Realität werden mit Einführung solcher Modelle oft Arbeitszeiten ins Unermessliche ausgedehnt, Arbeitsrechts-Gesetze umgangen (...), ja auch die Sozialversicherungsform soll jedem selbst überlassen bleiben. Zusammengefasst bedeutet Mitarbeiterbeteiligung daher vor allem Argumentationsstoff um sämtliche Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung der letzten 150 Jahre zunichte zu machen – denn angeblich sitzen ja alle im selben Boot. Schon heute halten Betriebsratkörperschaften Aktienanteile und Beteiligungen, und in vielen Betrieben (z.B. derzeit Elin) wird den ArbeiterInnen schmackhaft gemacht doch "für einen sicheren Arbeitsplatz auf einen Teil der Lohnerhöhung zu verzichten". In vielen Betrieben werden kleine Teile des Gehalts in Aktien ausbezahlt, ein erster Schritt in die oben beschriebene Richtung.

"MITBESTIMMUNG"
ALS MÜHLSTEIN FÜR
GEWERKSCHAFTEN?

Auch Mitbestimmungsmöglichkeiten über Betriebsrat, Aufsichtsrat, sog. "Corpo-

rate Governance" oder wie die Modelle alle heißen mögen, bergen Gefahren für die ArbeitnehmerInnenvertretungen, sich als "Mit-Unternehmer" zu fühlen. Vor allem die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten erwies sich in diesem Zusammenhang in der Vergangenheit als zumindest problematisch. Durch Zuckerbrot und Peitsche – sprich Privilegien und Drohungen mit dem Betriebsgeheimnis versuchte das Management – oft erfolgreich – Betriebsräte, die an Aufsichtsräten teilnahmen, für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. In Zeiten der Krise bedeutet diese "Mitverantwortung" für das Unternehmen einen enormen Druck, die betroffene KollegInnen im Stich zu lassen und somit bei Kündigungen, zu geringen Lohnerhöhungen, oder wie jüngst in Deutschland Arbeitszeitverlängerungen und Gehaltskürzungen zuzustimmen. Anstatt die "Wir sitzen alle im selben Boot" – Lüge zu akzeptieren, haben kritische Betriebsräte die Aufgabe aller verfügbaren Informationen transparent zu machen. Ganz wichtig ist bei jedem Schritt daher die demokratische Kontrolle der Betriebsräte durch die Belegschaft! Offene Debatten in Betriebsversammlungen, Abstimmung über jede wichtige Veränderung, Artikel in Betriebsratszeitungen,

sind wichtig, jede Form von Schweigepflicht muss abgelehnt werden! Ebenso dürfen mit der Tätigkeit als Betriebsrat oder Gewerkschaftsvertreter keinerlei Privilegien verbunden sein: Diese sollen Durchschnittsgehälter mit direkter Anknüpfung an laufende KV-Verhandlungen bekommen, damit sie wissen wen sie vertreten.

FÜR ECHE
WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE!

Im Kapitalismus gilt die Logik: Nur der Profit ist die Messlatte des Erfolgs. Als Unternehmen profitabel zu sein, bedeutet heutzutage fast immer Kürzungen und Rationalisierungen auf dem Rücken der Belegschaften. Weder Demokratie in der Wirtschaft, noch konsequente Interessenvertretung ist unserer Meinung nach über Beteiligungsmodelle möglich. Wir treten deshalb für eine Gesellschaft ein, in der die großen Konzerne enteignet und die Produktionsmittel vergesellschaftet sind und somit allen gehören. Die Produktion sollte demokratisch geplant werden – nicht nach der Logik des Profits, sondern nach den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung. Eine solche Gesellschaft nennen wir Sozialismus.



Aktionstag am
1. Juli beim
Wiener Rathaus

"Aktionsgruppe" gegen SPÖ-Sozialabbau macht weiter

Im Zuge der Ausgliederung von MA12 und MA47 in den "Fond Soziales Wien" bildete sich März dieses Jahres die "Plattform Soziales in Wien". Sie besteht im Wesentlichen aus den betroffenen Gewerkschaften (GdG, HGP, HTV und GPA) und SocialATTAC. Das wichtigste Anliegen der Plattform ist die Umsetzung verschiedener sozialrechtlicher Forderungen. Die meisten Sozialvereine in Wien erhalten ihr Budget fast zur Gänze von der Gemeinde Wien, die in diesem Bereich einsparen will. Hauptpunkt der Forderungen ist die Absicherung der Finanzierung des Kollektivvertrags und der bestehenden Betriebsvereinbarungen durch die Ge-

meinde Wien. Im Mai 04 beschloss ein Treffen von BetriebsrätInnen und AktivistInnen gegen den Willen der GPA-Wien-Spitze, am 1.7. 04 (an diesem Tag wurde die Ausgliederung vollzogen) eine öffentliche Aktion vor dem Rathaus durchzuführen (Vorwärts berichtete). Für den 1.7. bildete sich eine Aktionsgruppe, die aus Beschäftigten und den BetriebsrätInnen der Vereine Balance, Lebenshilfe und ÖHTB, sowie einzelnen PersonalvertreterInnen und BetriebsrätInnen besteht. Die Aktionsgruppe hat nun beschlossen, weiter zu machen und monatlich eine Aktion durchzuführen bis die Forderungen der Plattform erfüllt sind.

Niemals vergessen!

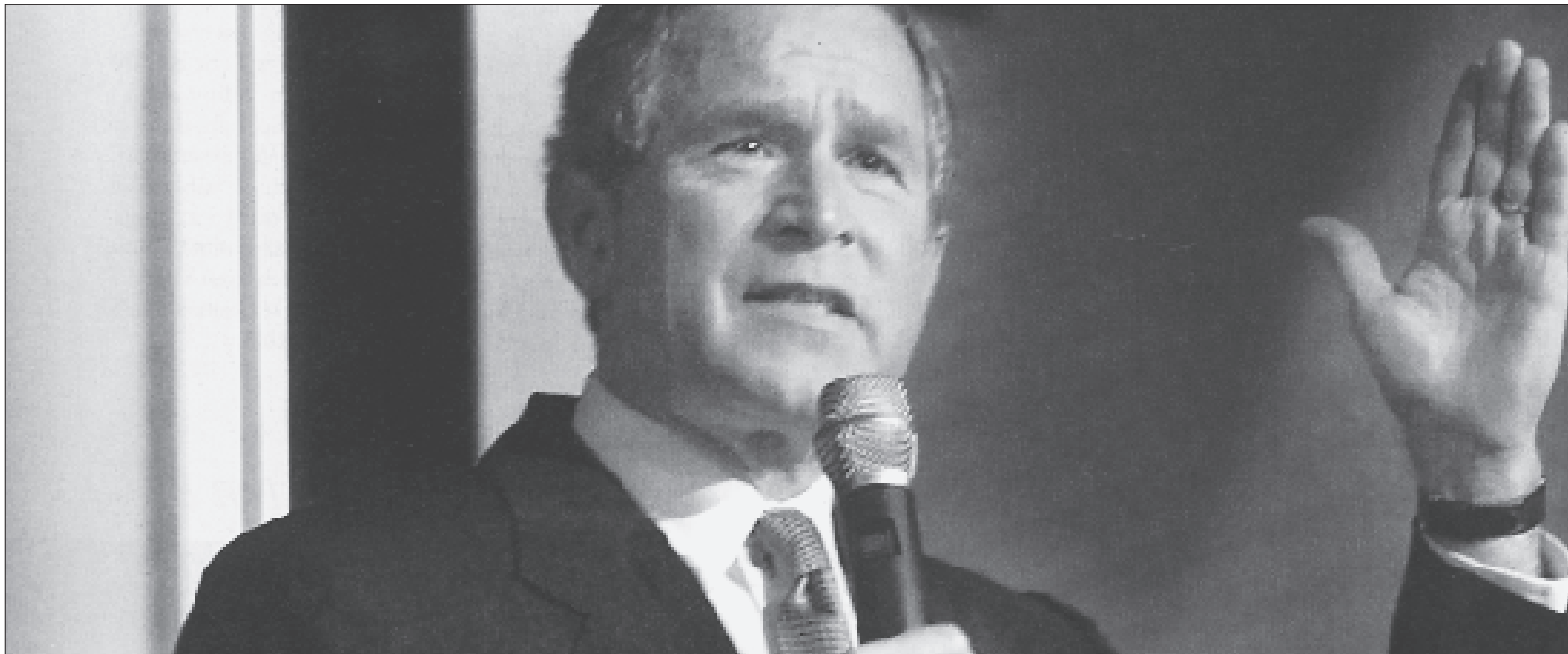
In den Jahren 1939-1942 wurden vom ehemaligen Aspernbahnhof zehntausende österreichische Juden in Vernichtungslager transportiert und kehrten nicht mehr zurück.

organisiert vom BR Lebenshilfe

Mahnwache und Kundgebung

Dienstag, 9. 11. 2004 – 16³⁰

Antifaschistischer Gedenkstein vor dem ehemaligen Aspernbahnhof (1030 Wien, Asperngasse 2/ Platz der Deportierten)



Vier Jahre Bush – was nun?

In einem Interview sagte George Bush über sich selbst: „Ich bin ein Kriegspräsident“. Wir stimmen dieser Bilanz zu.

Von Philipp Fleischmann, SLP Wien-Mitte

Ohne Mehrheit und nur dank Manipulationen gewählt, schnellten Bushs Popularitätswerte erst nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in die Höhe. Die größten terroristischen Anschläge der Geschichte haben – neben tausenden unschuldigen Opfern – politisch vor allem eines bewirkt: Eine Stärkung der Rechten, sowohl in den USA als auch in der arabischen Welt. Der sogenannte „Krieg gegen den Terrorismus“ mit der massiven Repression gegenüber politischen GegnerInnen im Inneren der USA und den imperialistischen Feldzügen in der Außenpolitik, wäre ohne den 11.9.2001 in dieser Form wohl nicht denkbar gewesen.

AFGHANISTAN

Bereits unter Präsident Clinton wurde 1995 vom Strategischen Kommando für Nuklearwaffen unter dem Titel „Grundlagen der Abschreckung nach dem zweiten Weltkrieg“ eine neue Sicherheitsdoktrin verfasst. Darin heißt es u.a.: „Es schwächt uns wenn wir uns allzu rational und besonnen präsentieren ... Die Tatsache, dass einige Angehörige der US-Regierung als potentiell ‚unkontrollierbar‘ erscheinen, kann dazu dienen, bei den politischen Entscheidungsträgern eines Gegners Befürchtungen und Zweifel zu wecken oder zu verstärken.“ Der Krieg in Afghanistan bot nicht nur Bush die Möglichkeit zu zeigen, wer der Herr auf der Welt ist. Im Windschatten des Feldzuges nutzten auch andere westliche Regierungen den von ihm ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ für ihre Zwecke. Putin verständigte sich darauf, dass auch der Krieg in Tschetschenien als Teil dessen gelten sollte, und unterstützte im Gegenzug gerne Bush. Und die rot/grüne Koalition in Deutschland setzte mit dem Entsenden von Truppen nach Afghanistan ein weiteres Zeichen, dass in Zukunft bei Kriegen auch mit Deutschland wieder zu rechnen ist. Die US-Truppen und ihre Verbündeten konnten das instabile Taliban-Regime zwar sehr schnell beseitigen, Terrorismus, Bürgerkrieg, Drogenhandel und Frauenunterdrückung stehen dort allerdings weiter auf der Tagesordnung. Das besetzte Land bleibt ein zerrissener Krisenherd mit einer machtlosen und durch nichts legitimierten Marionettenregierung an der Spitze.

IRAK

Der Irak war von Beginn an das eigentliche außenpolitische Ziel der US-Administration – diesen Krieg wollten Bush und ein Teil der US-amerikanischen Führungselite offensichtlich

um jeden Preis führen. Hintergrund für diese sehr riskante Strategie war die Verschärfung der Situation am Ölmarkt. Ein Öffnen des Zugangs zum irakischen Öl, so war die Hoffnung, konnte der US- und Weltwirtschaft neue Impulse versetzen, und das Kartell der ölproduzierenden Staaten, die OPEC, schwächen. Dieser Feldzug stieß allerdings nicht nur bei anderen imperialistischen Staaten auf Skepsis, die zum Teil andere strategische Interessen verfolgten. Trotz einer enormen Propagandaoffensive der US-Regierung und ihrer „Alliierten“ bildete sich die größte Anti-Kriegs-Bewegung die es unmittelbar vor dem Ausbruch eines Krieges jemals gegeben hatte. Am 15. Februar 2003, ca. ein Monat vor Kriegsbeginn, demonstrierten in allem fünf Erdteilen in mehreren hundert Städten Dutzende Millionen Menschen gegen den Krieg. Diese Proteste stellten jedoch nicht die Macht der Mächtigen in Frage, da sie weder eine konkrete Strategie verfolgten den Krieg tatsächlich zu verhindern – etwa durch Streiks – noch eine echte Alternativen zur imperialistischen Weltordnung anboten. Nicht zuletzt deshalb war es Bush trotz Massenprotesten möglich, den Irak anzugreifen. Ähnlich wie in Afghanistan war das allgemein verhasste Saddam-Regime schnell zu Fall gebracht. Vorschnell verkündete Bush im Mai 2003 jedoch „Mission erfüllt“: Seither vergeht kein Tag ohne Geiselnahmen, tote Soldaten, brutaler Gewalt der Besatzung und verzweifelter Widerstand der Bevölkerung. Die IrakerInnen sind heute nach wie vor ohne demokratische Rechte, ausreichend Nahrung, Versorgung und Treibstoff (!). Der Krieg hat das Land selbst zu einem der Hauptzentren des Terrorismus weltweit verwandelt.

Vor diesem Hintergrund wuchs auch die Ablehnung vieler AmerikanerInnen gegenüber dem Krieg im Irak. Umfragen aus dem Juni 2004 (New York Times/CBS) zeigen dass 60% der US-AmerikanerInnen meinen, dass es ein Fehler war, den Irak anzugreifen, und dass 40% für einen Abzug plädieren. Die „unumschränkte Supermacht“ USA scheint durch diesen Feldzug, aber auch durch die Entwicklung der US-Wirtschaft, tatsächlich bereits an ihre Grenzen gestoßen zu sein.

WIRTSCHAFTSLAGE

Das momentane Wachstum der US-Wirtschaft steht auf tönernen Füßen. Dieser „Aufschwung“ baut, neben der – täglich riskanteren und teureren – Ausbeutung des Iraks, vor allem auf zwei Faktoren auf: Die Steuersenkung, die Bush durchgeführt und die zu 12% weniger Einnahmen im Staatshaushalt geführt hat, und das massive Ansteigen der öffentlichen und privaten Verschuldung. Symptomatisch für die ökonomische Lage ist die Talfahrt des Dollars: Seit dem höchsten Stand im Oktober 2000 hat der Dollar gegenüber dem Euro 35% an Wert verloren. Auch gegenüber anderen wichtigen Währungen ist er um ein Viertel abgesackt. Die kurzfristigen Vorteile für die US-Exportwirtschaft drohen nun durch die zunehmende Bremsung der Inlandsnachfrage – hervorgerufen u.a. durch die hohe Verschuldung – zunichte gemacht zu werden. Der US-Binnenmarkt ist der größte Markt der Welt und bei weitem der wichtigste Absatzmarkt für US-Produkte. Ebenso gehen wichtige asiatische Staaten – also die wichtigsten „Hoffnungsmärkte“ – dazu über ihre Währung mehr und mehr an den Dollar zu binden.

GEWERKSCHAFTSLAGE

Im gewerkschaftlichen Bereich ist die Ära Bush geprägt von einer Fortsetzung der Deregulierung und Flexibilisierung der vorangegangenen Jahre. In den USA gibt es kein allgemeines Recht von ArbeitnehmerInnen auf Krankenversicherung. In einigen vor allem größeren Unternehmen haben sich die ArbeiterInnen jedoch eine vom Betrieb finanzierte Krankenversicherung erkämpft. Diese versuchen einige Unternehmen jetzt zu streichen. Angefangen hat damit der weltgrößte Einzelhandels-

konzert Wal-Mart. Mittlerweile ziehen andere Supermarktketten mit dem Argument, sie müssten wettbewerbsfähig bleiben, nach. Im Herbst 2003 streikten zum Beispiel für mehrere Monate die Beschäftigten von Safeway im Süden Kaliforniens gegen eine solche Kürzung. Die Krankenversicherung kostet jährlich ca. 5.000\$ pro Person. (Quelle: akin) Erfolgreich war im Sommer 2002 der Streik der Beschäftigten des Telekom-Konzerns Verizon. Durch eine Unternehmensumstrukturierung sollten neue Unternehmensbereiche „frei“ von Gewerkschaftsmitgliedern gehalten werden. Durch einen zweiwöchigen Streik wurde das verhindert, außerdem eine 12%ige Lohn- und eine 14%ige Pensionsbeitragserhöhung erkämpft. (Quelle: LabourNet). Dies sind nur zwei Beispiele von den zahllosen Kämpfen in den USA, von denen selten die Kunde nach Österreich dringt.

FAMILIENPOLITIK

Bush steht auch für ein reaktionäres Frauen- und Familienbild in der Gesellschaft. Als er in Texas Gouverneur war, führte er eine neue Sexualerziehungsleitlinie ein: „Abstinence Only“. Die Logik dahinter: Wer über verantwortliche Sexualität spricht, über Verhütung und Safer Sex, ermutigt die Jugend nur, es auszuprobieren. „Abstinenz bis zur Hochzeit ist die bestmögliche Antwort auf alle Probleme“, Aids wird nur in dem Sinne erwähnt, „dass es eine Konsequenz von Sex ist“, im Schulunterricht wird vor dem Gebrauch von Kondomen gewarnt. 2005 will Washington 268 Mio. \$ für dieses Programm ausgeben. Seit Februar spricht sich Bush vermehrt für einen Zusatz zur US-Verfassung aus, der die Ehe von Homosexuellen explizit verbietet. (Quelle: Die Zeit, 9.9.04)

DIE WAHLEN

Trotzdem dieser verheerenden Bilanz scheint Bush durchaus das Rennen gegen John Kerry bei den Präsidentschaftswahlen machen zu können. „Jeder statt Bush“ – dieser nur scheinbar logische Slogan, ist für das Groß der amerikanischen ArbeiterInnenklasse zu recht kein ausreichender Grund sich für Kerry mobilisieren zu lassen. Traditionell werden die USA von zwei bürgerlichen Parteien regiert, die sich um die Interessen des „Big Business“ bemühen: In den meisten Bereichen ist die „republikanische“ Ära Bush tatsächlich eine Fortsetzung der „demokratischen“ Vorgängers Clinton. Der Republikaner Bush Vater griff den Irak 1991 an, der Demokrat Clinton Jugoslawien, der Republikaner Bush Sohn den Irak. Bush versprach in seinem ersten Wahlkampf weniger kriegsgeris-

TERMINE

Freitag, 22. 10., Wien

DISKUSSION:
„Irak – Ein neuer Vietnam?“

SLP Wien-Süd (siehe S. 6)

Donnerstag, 28. 10., Wien

DISKUSSION:
„Die Wahlen in den USA – Die Perspektiven der Weltmacht“

SLP Wien-Mitte (siehe S. 6)

Freitag, 22. 10., Wien

DISKUSSION:
„George W. Bush – Ist jeder andere besser?“

SLP Wien-Süd (siehe S. 6)

WEBTIPP

laufend aktuelle Analysen zum US-Wahlkampf, Irak und der Weltlage auf

www.socialistworld.net

Auslandsinterventionen zu machen als sein demokratischer Vorgänger, und sich auf die “Heimatverteidigung” zu konzentrieren. Kerry versucht sich jetzt als Irak-Kriegs-Kritiker zu profilieren. Er hat aber selbst für diesen Krieg gestimmt, genauso wie für den Krieg in Afghanistan sowie für die Einschränkungen der Bürgerrechte durch den Patriot Act, der erlaubt, dass hunderte Personen seit mehreren Jahren inhaftiert sind, ohne dass sie eines Vergehens beschuldigt sind. Als Lösungsstrategie für den Irak schlägt Kerry vor, mehr US-Truppen hinzuschicken, und mehr Soldaten von befreundeten Staaten anzufordern (um die Staatskassen zu schonen). Die Schwesterpartei der SLP unterstützt deshalb 2004 den unabhängigen Kandidaten Ralph Nader (siehe Kasten).

NOTWENDIGKEIT FÜR ARBEITERINNENPARTEI

Bereits Naders Kampagne 2000 schaffte AktivistInnen auf gesamtnationaler Ebene zu vereinen, und neue Schichten anzusprechen. Socialist Alternative, die US-Amerikanische Sektion des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale, unterstützte bereits damals seine Kandidatur. Sie bietet den Ansatzpunkt zur Durchbrechung des 2-Parteiensystems und eine Alternative zur Herrschaft der Banken und Konzerne. Socialist Alternative ist aktiv in der Kampagne für Nader, in manchen Bereichen sogar führend. Trotzdem reicht Naders Programm nicht aus. Es ist nötig, der Kapitalismuskritik auch eine Alternative beizustellen. Der Kapitalismus ist die Wurzel der ökonomischen und sozialen Probleme, die sich in Bushs Amtsführung ausdrücken. Die Alternative ist eine demokratisch geplante Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Werktätigen ausrichtet, nicht an den Profiten der Konzerne, sprich eine sozialistische Gesellschaft. Dazu ist es nötig, die Kampagne auf die ArbeiterInnenklasse auszurichten, die einzige Kraft in der Gesellschaft, die substantielle Veränderungen herbeiführen kann.

Eine Basis dafür ist da – das hat nicht zuletzt jene halbe Million Menschen gezeigt, die am 29. August in New York gegen die Republikanische Convention protestiert haben.

Nach den letzten Wahlen hat Nader leider die Chance dazu nicht genutzt, sondern sich in Einzelkampagnen verstiegen. Während Socialist Alternative seine Kandidatur aktiv unterstützt, versucht sie auch AktivistInnen von diesem weitergehenden Programm zu überzeugen.

WAHLPERSPEKTIVEN

Wenn das Rennen zwischen Bush und Kerry eng bleibt, wird sich die demokratische Offensive gegen Nader verstärken und er viele Stimmen verlieren. Gleichzeitig könnte Kerry dazu gezwungen werden, populistischere Rhetorik anzuwenden. Mit einer ähnlichen Strategie schafften es die Demokraten im Jahr 2000 Naders Stimmanteil von den prognostizierten 6% auf 2,7% zu drücken. Die politische Situation gibt Naders Kampagne durch den Irak-Krieg und die wirtschaftliche Instabilität heuer besondere Bedeutung, die wegen der undemokratischen Wahlbedingungen weit über seinen Stimmenanteil hinausgeht. Schon allein die Aufmerksamkeit, die Medien und Demokraten einem Kandidaten geben, den sie als überflüssig bezeichnen, zeigt, wie gefährlich er werden kann, erreicht er nur einmal den Status eines akzeptierten Herausforderers.

Das zeigt, welche Krise das korrupte Zwei-Parteien-System zur Zeit durchmacht, und die Chancen, die die momentanen Spannungen in der Gesellschaft zur Vorbereitung für eine neue Massenpartei bietet, als politische Vertretung für ArbeiterInnen und als Kampfinstrument für die Kämpfe der ArbeiterInnen, Minderheiten, Frauen und anderer unterdrückter Schichten, die das System bekämpfen. Dafür werden signifikante Bewegungen der ArbeiterInnenklasse nötig sein, Bewegungen die in den nächsten Jahren entstehen werden. In diesem Zusammenhang verstärkt die Kampagne von Nader das Bewusstsein dafür, dass alle, die fortschrittliche Veränderungen wollen, sich von der demokratischen Partei lösen müssen. Sie hilft den Boden für zukünftige unabhängige Anti-Kriegs, linke und Gewerkschaftsbewegungen zu bereiten, die Grundlage für die Bildung einer ArbeiterInnenpartei.

Warum wir keine “AntiamerikanerInnen” sind

Spätestens seit dem Irakkrieg hat ein regelrechter Boom USA-kritischer Bücher und Betrachtungen - vor allem in Europa - eingesetzt. Thematisiert werden die Arroganz der US-Regierung gegenüber anderen Nationen bzw. gegenüber den internationalen Organisationen, die offenen Verstöße gegen internationales Recht und die Macht- und Herrschaftsansprüche der Vereinigten Staaten. Meist nicht thematisiert wird: Der Widerstand dagegen in den USA.

SUPERMACHT

Wahr ist: Die USA ist die einzig verbliebene Supermacht. Sie besitzt als einzige Stützpunkte in allen Teilen der Welt. Das Militärbudget von 360 Milliarden Dollar ist größer als jenes der 5 nächstgrößeren Staaten zusammengekommen. Die USA sind die größte Volkswirtschaft der Welt, der Dollar ist und bleibt die internationale Leitwährung. Wahr ist auch: Die Regierung Bush setzt auf einen Kurs der nicht nur beinhaltet die Interessen der US-Konzerne weltweit durchsetzt, sondern auch - vielleicht im Gegensatz zu seinen Vorgängern - wenig Rücksicht auf die Interessen anderer imperialistischer Staaten nimmt. Ob diese Politik dumm ist oder nicht, sei dahin gestellt. Sie richtet sich jedenfalls auch gegen die Interessen der US-amerikanischen ArbeiterInnenklasse, deren Lebenssituation sich in den letzten vier Jahren verschlechtert hat. Nur 17,9% der Bevölkerung der USA haben Bush ihre Stimme gegeben, seine wesentliche Stärke war also nie die Massenbasis in der US-Gesellschaft, sondern das Fehlen von Alternativen.

PROPAGANDA UND FEHLEN EINER ARBEITERPARTEI

Im Gegensatz zu Europa und den Industriestaaten in anderen Erdteilen fehlt in den USA

seit über 100 Jahren das Element der politischen ArbeiterInnenbewegung in Form einer großen sozialdemokratischen, bzw. kommunistischen ArbeiterInnenpartei fast völlig. Bis heute prägt dieser Umstand die US-Gesellschaft - etwa durch das fast völlige Fehlen eines Sozial- und Gesundheitssystems, aber auch durch die historische Schwäche von organisierter “Gegenkultur” und “Gegeninformation” gegenüber einem Establishment, das in der Regel auf aggressiven, oft religiös gefärbten Nationalismus setzt. Im angeblich freiesten Land der Welt existiert heute eine einzigartige Medienkonzentration: Alle wichtigen Sender sind in der Hand von nur fünf riesigen privaten Medienkonzernen. Nach dem 11. September erfolgte eine regelrechte Gleichschaltung im “Krieg gegen den Terrorismus”. Doch das gleichgeschaltete Bild dieser Medien, bedeutete keine Gleichschaltung der Gesellschaft. Das beweisen u.a. die krass erhöhten Zugriffszahlen aus den USA auf die Internetseiten anderer, etwas objektiverer Berichterstatter wie BBC.co.uk während des Irak-Krieges.

KÄMPFERISCHE US-TRADITIONEN

Auch wenn es in den USA nie eine starke ArbeiterInnenpartei gab, existieren kämpferische Traditionen, welche die Herrschenden herausforderten. Diese reichen von der Bewegung im 19. Jahrhundert die unter anderem den Grundstein für den 1. Mai weltweit legte, über die zum Teil von Trotzlisten geführten Streikbewegungen in den 20er und 30er Jahren, bis zu den Massenprotesten die den Vietnamkrieg beendeten, und der Bewegung um Revolutionäre wie Malcolm X. Sowohl gegen Bush, wie gegen den Krieg gab und gibt es massive Proteste - die von hiesigen und dortigen Medien aber oft ignoriert wurden. Noch im März dieses Jahres - ein Jahr nach Beginn des Irak-Krieges - fanden hundert-



tausende Menschen den Weg auf die Straßen der USA. Oder über eine Million Demonstranten kamen zum Kongress der republikanischen Partei in New York! Auch der bahnbrechende Erfolg der Werke Michael Moores in den USA (wochen-/monatelang auf Bestsellerlisten die Nr. 1) zeigt die Aufgeschlossenheit für heftige Kritik an den Mächtigen - auch wenn dieser inzwischen auf John Kerry setzt.

WER IST UNSER GEGNER?

Die USA? Nein. Denn die Mehrheit der AmerikanerInnen sind keine Kriegstreiber. Auch nicht die einfachen Soldaten - zumeist aus Minderheiten in den USA - die im Militär ihre einzigen Aufstiegschancen sehen. Auch die wollen nicht in einem für sie sinnlosen Krieg sterben. Das generelle Problem liegt auch nicht in einer besonderen - politischen - Kultur oder Unkultur, sondern in der Struktur unserer kapitalistischen Weltordnung. Die Rolle, die die USA gegenwärtig spielen ist prinzipiell austauschbar. Vor noch einem Jahrhundert war England die imperialistische Supermacht, wären es heute nicht die USA wäre es eine andere imperialistische Nation. Die einzige aussichtsreiche Alternative zum imperialistischen Krieg ist der konsequente Aufbau von schlagkräftigen ArbeiterInnenorganisationen - und zwar international! Letztlich liegt der Schlüssel zur Beendigung von Krieg und Unterdrückung durch die herrschende Klasse der USA vor allem auch in den Händen der amerikanischen ArbeiterInnenklasse.

Nader gegen das 2-Parteien-System

Von Margarita Döller, SLP-Wien Nord

Der dritte Kandidat bei den US-Wahlen heißt Ralph Nader. Nachdem seine Existenz nicht nur von den Medien in den USA und Europa weitgehend ignoriert, sondern seine Kandidatur von den anderen Parteien bekämpft wird, sollen einige grundsätzliche Fragen aus unserer Sicht geklärt werden.

1. FRAGE: WER IST RALPH NADER ÜBERHAUPT?

Er ist Mitglied der “Green Party” (eine der grünen Parteien in den USA) und hat bereits 2000 bei den Präsidentschaftswahlen kandidiert. Damals wie heute hat unsere Schwesterpartei in den Vereinigten Staaten, die “Socialist Alternative”, seinen Wahlkampf unterstützt. Die Inhalte seines Wahlkampfes waren richtig, nur die Menschen, die dadurch aktiv wurden, wussten nicht, was sie nach der Wahl tun konnten, wo sie sich organisieren konnten. Einige sind Mitglieder der Grünen Partei geworden, aber der Rest wurde im Regen stehen gelassen. Bereits damals haben wir aufgezeigt, dass eine neue ArbeiterInnenpartei notwendig ist, an der sich Menschen aus verschiedenen Teilen der Arbeitswelt beteiligen und so gemeinsam ihre Interessen vertreten können. Ralph Nader hielt eine solche Partei nicht für notwendig. Trotzdem glauben wir, dass auch seine diesjährige Kandidatur ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung bedeutet und wir uns somit in seinem Wahlkampf aktiv beteiligen werden.

2. FRAGE: WELCHE INHALTE VERTRITT ER?

Er ist der einzige Präsidentschaftskandidat, der sich in jeder Hinsicht gegen den Krieg und die Besatzung des Iraks ausspricht. Darüber hinaus nennt er im Zusammenhang mit Krieg und Frage der Militärausgaben auch wichtige soziale Themen. Arbeitsplätze müssten geschaffen werden, um die Armut zu bekämpfen, ist nur eine Forderung in seinem Wahlkampf. Weiters tritt



er für die Rechte von Homosexuellen ein, indem er die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe fordert. Einen wichtigen Aspekt seines Wahlprogramms möchte ich auch noch erwähnen, nämlich, dass Ralph Nader sowohl das Recht auf Abtreibung, als auch die Abschaffung der Todesstrafe fordert.

3. FRAGE: WER UNTERSTÜTZT IHN AUSSER UNS?

Wenn man etwas in den Medien hört, dann, dass die UnterstützerInnen von Ralph Nader nur weiße StudentInnen aus der Mittelschicht seien und dass er keinerlei Einfluss auf ArbeiterInnen hat. Dieses Bild ist falsch. Umfragen nach (Gallup Poll, 6. Juli 2004) unterstützen 10% der schwarzen Bevölkerung, 8% der hispanischen Menschen in den USA und “nur” 6% der weißen Bevölkerung den Wahlkampf.

Die Behauptung, dass seine WählerInnen ausschließlich aus der Mittelschicht kommen, entkräftigt eine andere Umfrage (Washington Post, 22. Juni 2004) wonach 9% der Menschen mit ei-

nem Highschoolabschluss oder weniger ihn wählen werden. Die meisten Nader-UnterstützerInnen leben im Westen und sind unter 25 Jahre alt.

4. FRAGE: WIE UND WARUM WIRD ER VON DEN BEIDEN ETABLIERTEN PARTEIEN BEKÄMPFT?

Warum ist relativ einfach zu beantworten: Weil er das System der zwei Parteien, Demokraten und Republikaner, sprengen könnte. 23% der AmerikanerInnen wollten, dass Nader noch einmal antritt und 65% wollen ihn auch in den offiziellen Debatten dabei haben (CNN/Gallup poll, 22.10.03). All jene, die diese Scheindemokratie und das Establishment satt haben, vereinen sich großteils unter dem Banner Naders. Nicht verwunderlich ist es also, dass sich Bush und Kerry bedroht fühlen.

Die demokratische Partei hat bereits sehr früh angekündigt, dass sie jede unterstützende Unterschrift für Nader genau unter die Lupe nehmen wird. Außerdem wurden und werden den UnterstützerInnen Briefe zugesandt, in denen sie des Betrugs bezichtigt werden und dass von nun an gegen sie ermittelt werde. Die federführende Rolle im “Kampf gegen Nader” spielen die Demokraten. Sie haben sogar Fernsehspots produziert, in denen behauptet wird, dass Nader nur ein Spielzeug Bushs ist und das Ralph Nader auch von den Republikanern gesponsert werde. Diese Behauptung zu entkräften ist allerdings ein Leichtes. Die Spenden für Naders Wahlkampf belaufen sich dieses Jahr auf rund 1 Mio. USD, wobei 89% der Spenden 100 USD oder weniger betrugen. Dem gegenüber steht ein Wahlkampfbudget von Bush und Kerry, das gemeinsam 1 Mrd. USD ausmacht. Nader “bekommt” für jeden Dollar, den er für den Wahlkampf verwendet, eine Stimme. Bush muss für jede Stimme 15,43 USD ausgeben und Kerry 11,29 USD. Welche Auswirkung hätte Nader auf die Wahl und die Gesellschaft, wenn er in der gleichen finanziellen Liga spielen würde?

Trotsky aktuell wie nie zuvor

Moral und Gewalt in der Politik

von Franz Breier jun.
SLP Wien-Mitte

Das im Klampen-Verlag neu aufgelegte Buch "Politik und Moral" (ISBN 392425991) umfasst vier Texte aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Es handelt von einer Auseinandersetzung in der sozialistischen Bewegung, die bis heute nichts von ihrer Bedeutung verloren hat.

Der Autor von "Terrorismus und Kommunismus" (1919), Karl Kautsky, verfasste bis zum 1. Weltkrieg wichtige Beiträge für die Bewegung. Da Kautsky mit der Sozialdemokratie eng verbunden war, folgte er leider genauso ihrem Bankrott angesichts von Krieg, Krise und aufkommendem Faschismus. Leo Trotzki, vertreten mit 2 Texten, war Revolutionär, der bis zu seinem Lebensende gegen den Stalinismus und für ArbeiterInnen-Demokratie kämpfte. Ihm sowie Lenin warf Kautsky vor, die Revolution 1917 mit Gewalt geführt und damit eine grundlegende Moral gebrochen zu haben. Diese "absolute Moral" hält Kautsky dem Argument Trotzki entgegen, dass Moral eine Frage von sozialen und Klasseninteressen sei. Zu den Konsequenzen einer angeblich absoluten Moral schreibt Trotzki: "Eine Moral über den Klassen führt unvermeidlich ... zur Anerkennung von irgendetwas Absolutem, was nichts anderes ist als das philosophisch-feige Synonym für Gott." (aus: "Ihre Moral und unsere", 1938)

Die Philosophie des Marxismus ist der "dialektische Materialismus". Die Dialektik ist dabei jene Form des Denkens, die alle Erscheinungen und Dinge in ihrer Bewegung, ihrem Entstehen und Vergehen sowie ihrer Widersprüchlichkeit begreift. Diese Herangehensweise erlaubt es Trotzki,



"absolute Moral" als etwas sehr Instabiles zu begreifen: "Aber existieren denn keine elementaren moralischen Vorschriften, die sich in der Entwicklung der Menschheit als integraler Bestandteil ... herausgebildet haben? Solche Vorschriften existieren unzweifelhaft, aber ihr Aktionsradius ist äußerst begrenzt und unstabil. Je schärferen Charakter der Klassenkampf annimmt, desto wirkungsloser werden die Normen, die "für alle bindend sind.""

Trotsky wies nach, dass jeder gesellschaftliche Fortschritt sich mittels Gewalt Bahn bricht oder besser gesagt gezwungen ist, gegen die Gewalt der Herrschenden Vorkehrungen treffen zu müssen. Eine ernsthafte Beurteilung von Gewalt ist unmöglich, ohne ihre Rolle in der geschichtlichen Entwicklung zu sehen. Z.B. bei der Durchsetzung bürgerlicher Besitzverhältnisse und der parlamentarischen Demokratie. In der Großen Französischen Revolution wandten alle gesellschaftlichen Kräfte Gewalt und Terror an. Die Gewalt des Adels und Teilen des Bürger- und Beamtentums richtete sich gegen den Fortschritt, während die

besten Teile des Bürger- und Kleinbürgertums (u.a. die "Jakobiner") die Grundlage für die moderne Gesellschaft und Wirtschaft legten. Was für das bürgerlich-kapitalistische System gegenüber dem Mittelalter gilt, gilt das nicht auch für die Epoche des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus?

Die Oktoberrevolution 1917 beendete den damals größten Gewaltausbruch (Weltkrieg), in dem auf ihr Drängen ein Separatfriede geschlossen wurde. Die Umgestaltung der Gesellschaft warf jedoch viele Probleme auf. Es kam zum offenen BürgerInnen-Krieg. Kautsky wies die Verantwortung für die Exzesse, die aus den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft hervorgingen, jenen zu, die sie bekämpften – den Bolschewiki. So war in den Augen Kautskys die Verteidigung des ersten ArbeiterInnen-Staates der Weltgeschichte durch die Sowjetregierung gegenüber 14 einfallenden Armeen imperialistischer Staaten und der inneren Sabotage bloßer "Terror". Er setzte seine Hoffnung auf eine ruhige Evolution der "Demokratie". Doch diese bürgerliche Demokratie konnte angesichts der Krise

nicht mehr bestehen. Es war eine wesentliche Voraussetzung für den Sieg des Faschismus, dass die sozialdemokratischen Führer in den Industrieländern die Revolution ablehnten.

Der Dritte, der an dieser "Diskussionsrunde" teilnimmt, ist John Dewey. Einer größeren Öffentlichkeit wurde er als Leiter der "Dewey-Kommission" bekannt. Diese widerlegte 1937/38 die Anklagen des Stalinismus gegenüber Leo Trotzki. Als führender Reformpädagoge stellte Dewey das Ziel der "Selbstverwirklichung" des Kindes auf, durch das eine Grundlage des neuen sozialistischen Menschen geschaffen würde. Doch Dewey war kein Marxist, kein "dialektischer Materialist". "Unakzeptabel im Rahmen von Deweys radikalem Liberalismus ist nicht die Anwendung von Gewalt generell, sondern ihre Legitimierung durch eine Geschichtsphilosophie, die den Klassenkampf als das einzige Mittel sozialer Konfliktlösung und gesellschaftlichen Fortschritts ausweist", so der Literaturkritiker Mechlenburg über Deweys Beitrag. Deweys Ansätze wurden von den Interessen des Imperialismus in der Periode des "Kalten Krieges" beiseite gewischt. Die Herrschenden konnten es sich nicht leisten, Kinder sich frei entfalten zu lassen. Der Militär-Apparat hatte auch in der Bildung das Sagen. Der Klassenkampf als "das einzige Mittel sozialer Konfliktlösung" setzte sich von der anderen Seite durch.

TERMIN

Freitag, 29. 10., Wien

DISKUSSION:
"Die linke Opposition –
Trotzkis Kampf gegen
den Stalinismus"

SLP Wien-Nord

Für einen heißen Herbst!

Kampagne gegen rechtsextremen BFJ voller Erfolg / Mitgliederversammlung berät Herbstarbeit der SLP

25.000 verteilte Flugzettel gegen den rechtsextremen Bund freier Jugend kennzeichnen unseren Schwerpunkt im September 2004. Vor und in über 30 Schulen wurde systematisch für den Kampf gegen den BFJ geworben und für die Demonstration am 9. 10 in Linz mobilisiert. Bereits Ende September war der Bus aus Wien der über die Postbusgewerkschaft organisiert wurde, restlos ausverkauft. Zu den negativen Begleiterscheinungen unserer Kampagne gegen Rechts gehört leider auch ein kleiner Skandal: Die (SPÖ-regierte!) Stadt Linz hat die SLP-Bundessprecherin Sonja Grusch mit mehreren Strafverfügungen eingedeckt. Konkret soll es verunmöglicht werden in der bisherigen Form wöchentliche Informationskundgebungen gegen den BFJ in der Linzer Fußgängerzone abzuhalten.

ERFOLGREICHE MITGLIEDER-VERSAMMLUNGEN

Neben der Ortsgruppenkonferenz der OG-Süd, fand im September auch eine Mitgliederversammlung der SLP statt. Zur Debatte standen die Perspektiven für die ökonomische und politische Lage in Österreich – hierzu gibt es auch eine Stellungnahme – die Kampagne gegen den BFJ und die Entwicklungen in Venezuela. Das Spektrum der TeilnehmerInnen repräsentiert eine neue Qualität in der Entwicklung der SLP: GenossInnen aus vier Bundesländern (Salzburg, OÖ, NÖ und Wien) waren anwesend. Ein weiteres positives Ergebnis der Konferenz war die Erhöhung des Mitgliedsbeitrags durch zahlreiche Mitglieder unserer Partei.

PERSPEKTIVEN FÜR DIE HERBSTARBEIT

Der Aufbau von Sozialistischer Widerstand International (SWI), als offene, kämpferische und bundesweite Jugendorganisation ist eine der Hauptprioritäten unserer Herbstarbeit. Die SLP schätzt die Notwendigkeit und das Potential für eine solche kämpferische Vertretung nach wie vor als enorm ein. Ebenso wollen wir im gewerkschaftlichen Bereich neue Initiativen setzen: Im Rahmen der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften hat ein Diskussionsprozess begonnen, den wir in eine möglichst große, überfraktionelle Konferenz von kämpferischen BetriebsrätInnen und GewerkschaftsaktivistInnen im Dezember münden lassen wollen. Ein noch stärkeres Augenmerk muss die

SLP auch auf finanzielle Fragen richten: Vor allem die BFJ-Kampagne verschlingt enorme Geldmittel, die durch verstärkten Verkauf unserer Zeitung und von anderem politischem Material gedeckt werden müssen. Für die Demonstration gegen den BFJ am 9.10 gilt deshalb beispielsweise das ambitionierte Ziel von 800 Euro. Aber auch jede andere Außenaktivität der SLP wird in ähnlicher Weise mit einem konkreten Kampffonds- und Zeitungsverkaufsziel verknüpft werden.

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte:

SLP-Ortsgruppe Wien-West

Jeden Mittwoch um 19.00 Uhr, Club International, 16., Payerg. 14

SLP-Ortsgruppe Wien-Süd

Jd. Fr. 19.00 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentag./ Siebenbrunneng.

SLP-Ortsgruppe Wien-Mitte

Jeden Donnerstag um 19.00 Uhr im Amerlinghaus, 7., Stiftg. 8

SLP-Ortsgruppe Wien-Nord

Jeden Freitag, 19.00 Uhr, "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38

SLP-Linz

Jeden Freitag, 18.00 Uhr "Alte Welt" (im Keller), Hauptplatz 4

SLP-Salzburg

Anzutreffen jeden Dienstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.00 Uhr im "Shakespeare", Hubert-Sattler-Gasse 3

SLP-Amstetten

Anzutreffen samstags bei den Treffen von SWI, 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen

Die SWI-Treffpunkte:

SWI in Wien

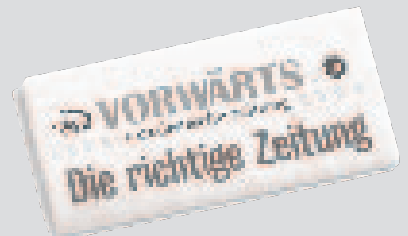
siehe Terminhinweise auf den Seiten 7 und 8.

SWI in Salzburg

jd. Di. 19.00 Uhr im "Shakespeare", Hubert-Sattler-Gasse 3

SWI-Amstetten

Immer Samstags 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

Leo Trotzki empfiehlt:

“Das musst Du gelesen haben!”

Krise des Kapitalismus
Wer soll das bezahlen?
Sozialistische Antworten auf Sozialabbau und Armut

A5, 56 Seiten, EUR 4,- (inkl. Versand)

Broschüre wird bei Überweisung auf Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen, Anschrift und Kennwort nicht vergessen!



Neues aus dem CWI

Urteil gegen Streiks führt zu Preiserhöhungen

Nigeria Nur 48 Stunden nachdem das Höchstgericht in Abuja entschieden hatte, dass der Nigerian Labour Congress (NLC) nicht zu Streikaufrufen befugt ist, erhöhte die staatliche Nigerian National Petroleum Corporation (NNPC) die Benzinpreise um 33%. Vier Generalstreiks gegen Benzinpreiserhöhungen – alle vom NLC ausgerufen – fanden in Nigeria in den letzten vier Jahren statt. Der Benzinpreis ist direkt verknüpft mit dem Lebensstandard der breiten Bevölkerungsmehrheit. Öl und Benzin ist hier praktisch die einzige Energieform die zur Bewältigung des Alltags zur Verfügung steht. Das Urteil des Höchstgerichts hat ganz klar die Regierung und die Öl-Lobby ermutigt die Preiserhöhungen voranzutreiben. Unsere Nigerianische Schwesterpartei fordert den NLC auf, die Entscheidung des Höchstgerichts zu ignorieren und sofort Proteste zu organisieren.

Streiks gegen Kürzungen

Niederlande Der Aufruf zum Streik am 28.9 in Amsterdam gegen das Sparpaket der niederländischen Rechtskoalition wurde von tausenden öffentlich Bediensteten, Werftarbeitern, Feuerwehrleuten und anderen Beschäftigten befolgt. Auch außerhalb der Stadt kam es zu Protesten. Das CWI in den Niederlanden, Offensief, hat die Initiative zu Schulstreiks ergriffen. Unterstützt von belgischen GenossInnen wurden während des Streiks in Amsterdam 113 Exemplare unserer Zeitung verkauft

Deutsche Nazierfolge ermutigen auch schwedische Faschisten

Schweden Die Rättvisepartiet Socialisterna (CWI/Schweden) berichtet von Demonstrationen Hunderter Neonazis durch Stockholm nach den Wahlen in Deutschland. Unsere Schwesterpartei beschreibt die Politik des sozialdemokratischen Premiers Persson als ähnlich dem SPD/Grünkurs in Deutschland. Auch in der Asylfrage ist das ehemalige Aufnahmeland Schweden zu einer rassistischen Festung geworden: 2003 erhielten nur 15% der Asylwerber eine Berechtigung zu bleiben. Die Perspektive kann nur in einem gemeinsamen Kampf gegen Rechts und europaweite Sozialabbauprojekte wie die Agenda 2010 liegen.

www.socialistworld.net

Von Wolfgang Fischer,
SLP Wien-Mitte

Die blutige Beendigung der Geiselnahme Anfang September in einer Schule der nordosetischen Stadt Beslan, bei der über 350 Menschen starben, war der schockierende Höhepunkt einer Anschlagserie im Zusammenhang mit dem Tschetschenienkonflikt. Nur wenige Tage zuvor fanden Bombenanschläge auf 2 russische Passagierflugzeuge sowie vor einer Moskauer U-Bahnstation statt – Bilanz: über 100 Tote. Mit einem Schlag rückte der schon seit über 10 Jahren andauernde Krieg im Kaukasus wieder in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Die Geiselnahme, Terroristen einer Gruppe rund um den radikalen tschetschenischen Islamista Basajev hatten den sofortigen Truppenabzug aus Tschetschenien sowie die Freilassung gefangener Separatisten gefordert, Putin lehnte Verhandlungen ab.

TERROR IN TSCHETSCHENIEN

Mit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 und der Restauration des Kapitalismus hat sich die Lage in Tschetschenien und den benachbarten Provinzen Dagestan, Inguschetien und Nordossetien zuspitzt.

Unabhängigkeitsbestrebungen in Tschetschenien wurden durch zwei Kriege brutal unterdrückt, Städte und Infrastruktur sind zerstört, mehr als 250.000 Menschen, darunter 40.000 Kinder starben in den letzten 10 Jahren. Nach einem Bericht von amnesty international sind Mord

und Folter der russischen Armee in Tschetschenien allgegenwärtig und werden kaum geahndet.

Armut und Unterdrückung sowie das Fehlen von organisiertem Widerstand der Massen hat den Aufschwung islamischer Terrorgruppen in dieser Region vorangetrieben. Ähnlich wie im Konflikt zwischen Israel und Palästina haben viele SelbstmordattentäterInnen nichts mehr zu verlieren – ihre ‚Aufopferungsbereitschaft‘ wird von radikalen Moslemführern für deren eigene Zwecke instrumentalisiert, der Terror hat mittlerweile Moskau erreicht. Sowohl im Kaukasus, wie in Russland ist Putins Politik, mit „harter Hand“ Frieden und Stabilität zu schaffen, gescheitert.

PUTIN UNTER DRUCK

Das brutale Besatzungsregime in Tschetschenien rechtfertigt der russische Präsident mit dem gemeinsamen Krieg gegen den internationalen islamistischen Terror. Gleichzeitig betrachtet er Tschetschenien als innerstaatliche Angelegenheit und lehnt jede Kritik „von Außen“ ab. Seit Beslan wurden in Russland Sicherheitsgesetze weiter verschärft und demokratische Freiheiten eingeschränkt. Mit Hilfe russischer Medien schürt die Putin-Regierung rassistische, anti-tschetschenische Ressentiments um dadurch ihre Kriegspolitik durchzusetzen und gleichzeitig, zumindest temporär, die enormen sozialen und ökonomischen Probleme im eigenen Land zu verdecken. Westliche

Der Horror von Beslan und Tschetschenien

Kapitalismus bedeutet Terror und Krieg



auch geostrategische Bedeutung. Dieser Korridor ermöglicht Russland den Zugriff auf Erdöl und Erdgas in Aserbaidschan. Gleichzeitig hat der Zerfall der Sowjetunion die Position der USA und anderer westlicher Staaten in der Region enorm gestärkt: In Kasachstan stehen US-Truppen, westliche Konzerne beuten die Ölvorräte zahlreicher Ex-Sowjetrepubliken aus. Tschetschenien ist in diesem Zusammenhang nicht nur von ökonomischer Bedeutung, sondern eine Frage des „nationalen Prestiges“ für das Machtzentrum um Putin. Das Exempel Tschetschenien soll Rußlands Rolle gegenüber allen weiteren Unabhängigkeitsbestrebungen, aber auch dem Westen, unterstreichen. Doch sowohl die russische, wie die tschetschenische Bevölkerung bezahlen einen hohen Preis für diese Machtdemonstration.

GEMEINSAMER KAMPF
DEM SYSTEM

Wirkliche Verbesserungen und die Überwindung nationaler, ethnischer und religiöser Grenzen sind nur auf Grundlage eines sozialistischen Programms zu überwinden.

Der gemeinsame, internationale Kampf gegen die Ursache von Krieg und Terror, den Kapitalismus und für die Vergesellschaftung der Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle der ArbeiterInnen kann den Weg für eine gleichberechtigte solidarische Zukunft bereiten.

Politiker reagierten nach dem Geiseldrama doppelzüngig: Richard Boucher, Sprecher des US-Außenministeriums stellte sich hinter Putins Politik, gleichzeitig mahnten viele westliche PolitikerInnen mit erhobenem moralischen Zeigefinger den Verhandlungsweg mit Tschetschenien ein.

KAUKASUS – GRIFF NACH
DEM ÖLHAHN

Tschetschenien liegt auf der Landenge zwischen Kaspischem und dem Schwarzen Meer und stellt für Russland die Aussengrenze zu Türkei und Iran dar. Die Region hat also sowohl militärische, als

Drei Stadträte in Deutschland

Durchbruch der SLP-Schwesterpartei SAV bei den Kommunalwahlen

Von Peter Regner,
SLP Wien-Nord

Nachdem am 13.7.2004 bereits in Rostock Christine Lehnert als Abgeordnete der SAV/Liste gegen Sozialkutschschlag in die Rostocker Bürgerschaft gewählt wurde, gelang nun am 29.9 Marc Treude in Aachen und Claus Ludwig in Köln der Sprung in den Stadtrat. Beide sind SAV-Mitglieder und kandidierten an der Spitze von linken Wahlbündnissen gegen Sozialabbau. Peter Regner aus Wien hat den Wahlkampf unserer GenossInnen in Köln aktiv unterstützt und folgende Eindrücke gesammelt.

KRISE UND HARTZ IV

Auf jede offene Stelle kommen zur Zeit 10 Arbeitslose in Deutschland. Hartz IV bedeutet für diese Menschen akute Armutsgefährdung. Die Re-



gierung zeigt damit jeden Tag auf welcher Seite sie steht: Anstatt mit Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, werden Kürzungen mit dem Argument, die Kassen seien leer, durchgeführt und gleichzeitig – mit offensichtlich doch vorhandenem Geld – Steuerge-

schenke an die Reichen gemacht. Ab dem 1. Jänner 2005 erspart sich ein Einkommensmillionär im Jahr 106.000 an Steuern, das sind im Monat 8.800 €. Unsere MandatarInnen haben keine Illusionen, mit Anträgen oder unserem Mandat die etablierten Parteien zu überzeugen zu können – diese werden auch

weiterhin die UnternehmerInnen, Banken und Konzerne vertreten. Mit unseren Mandaten wird es aber möglich sein, den Widerstand, der in den Händen der Betroffenen liegt, in die Stadträte zu tragen.

AUCH EIN ZEICHEN
GEGEN RECHTS

Während die Wut auf die großen Parteien und ihre Politik für die Reichen immer mehr steigt, fehlt auch immer mehr eine große bundesweite linke Alternative. Anstatt zu den Montagsdemonstrationen aufzurufen und gemeinsam zu verhindern, dass Nazis Fuß fassen können, hat der DGB erklärt, die Montagsdemonstrationen sollten gemieden werden, weil dort Nazis auftauchen könnten. Wenn der DGB so den Protest den Nazis überlässt, stärkt er sie damit. Wir haben in unserem

Wahlkampf nicht nur betont, dass die Rechten keine Alternative haben, sondern auch aktiv gesorgt dafür z.B. die Montagsdemonstrationen „Nazifrei“ zu halten. Der Einzug von SozialistInnen in die Stadträte von Rostock, Köln und Aachen beweist exemplarisch, dass eine kämpferische linke Alternative möglich ist und auch angenommen wird. Und übrigens: Die SAV konnte nicht zuletzt 12 neue Mitglieder gewinnen.

mehr unter: www.sav-online.de

T E R M I N

18. Oktober, 18³⁰ Uhr, Wien

DISKUSSION: „Hartz IV in Deutschland und Sozialabbau in Österreich – Angriffe auf Jugendliche!“

SWI Wien Nord, Jugenzentrum 9, Marktgasse 35; Treffpunkt 18:15 Franz-Josephs-Bahnhof vor McDonalds

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 141

Oktober 2004

Bundesweite Demonstration in Linz am 9. Oktober war erst der Anfang

So stoppen wir die Rechten!



Von John Evers,
SLP Wien-Nord

Ein Ruck ging durch Europa: Die jüngsten Wahlerfolge deutscher Neonazis in Sachsen und Brandenburg haben gezeigt wie aktuell die rechte Gefahr ist. In Österreich treibt vor allem der rechtsextreme Bund freier Jugend (BFJ) sein Unwesen, der es den deutschen Faschisten gleichtun will und in enger Verbindung mit diesen steht. In seinem Hauptaktionsgebiet – Oberösterreich – vergeht kaum eine Woche ohne rechte Provokationen. Nach "Mahnwachen" gegen Homosexuelle unter dem Motto "Volksinteressen statt Homoexzessen", fand am 10.9. in Linz eine Gedenkveranstaltung für rechtsextreme Südtirol-Terroristen statt. Es wurde z.B. Luis Amplatz gedacht der gemeinsam mit anderen Terroristen 1961 auf italienische Soldaten geschossen hatte. Ebenso widmete man sich Norbert Burger, dem verstorbenen Führer der verbotenen NDP. Entscheidend ist allerdings, dass der BFJ sich nicht nur solchen, ewiggestrigen Themen widmet. Ähnlich wie die deutschen Nazis versuchen österreichische Rechts-extreme, rechte Hetze mit griffigen Parolen gegen Sozialabbau und Jugendarbeitslosigkeit zu verbinden.

RECHTSEXTREMES
POTENTIAL IN DER FPÖ

Nach wie vor befindet sich mit der FPÖ eine rechtsextre-

me Partei in der Regierung. Teile dieser Partei könnten sich selbst in die Bildung einer neuen, radikalen rechten Kraft in Österreich einklinken, die versucht aus der wachsenden sozialen Misere Kapital zu schlagen. Das öffentliche Auftreten der FPÖ-Jugendorganisation – RFJ – gleicht sich z.B. im Moment immer stärker an solche, radikale Kräfte an. Während seiner aktuellen "Bundestour" versuchte der RFJ nach Eigenaussage, Themen wie die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Förderung der Lehrlingsausbildung mit dem Kampf gegen die "Überfremdung" zu verbinden. Ganz in rechtsextremem Manier wurden tausende Aufkleber mit dem fremdenfeindlichen Spruch "Die Indianer konnten die Einwanderer nicht stoppen. Heute leben sie in Reservaten." verbreitet. Auch ein Vernetzungstreffen mit Andreas Mölzer ("Zur Zeit") und ein Gedenken an eine "siegreiche Schlacht über die Türken" durfte bei der RFJ Tour durch Österreich nicht fehlen.

PRODUKT DER KRISE

Die Wahlerfolge der Nazis in Deutschland fallen nicht vom Himmel. Sie sind vor allem ein Produkt der kapitalistischen Krise, der Massenarbeitslosigkeit und der Perspektivenlosigkeit unter Jugendlichen. Allerdings: Noch sind die Nazis in organisierter Form eine kleine Minderheit.

Nur in Sachsen verfügt die NPD mit 800 Mitgliedern über eine wirklich feste Basis. Der BFJ in Österreich ist davon noch weit entfernt und wagt – zurecht – nicht einmal seine eigenen Treffpunkte öffentlich anzukündigen. Trotzdem schlummert hier, aber auch in der FPÖ ein Potential für eine extrem gefährliche Kraft in der Zukunft. Entladen könnte sich dieses Potential vor allem dann, wenn die Linke systematisch versagt, diesen Kräften entschlossen entgegenzutreten. Man muß die rechten Scheinlösungen offensiv als das demaskieren was sie sind: Vor allem plumpe rassistische Hetze, die uns spalten soll, in dem in- und ausländische KollegInnen gegeneinander ausgespielt werden. Zu einer erfolgreichen antifaschistischen Strategie gehört aber auch die Frage nach Alternativen zum Sozialabbau und der rechten Politik der etablierten Parteien.

WER SPIELT DEN
RECHTEN IN DIE HÄNDE?

Ankündigungen wie z.B. die Verschärfung des Asylgesetzes durch Bundeskanzler Schüssel richten sich nicht nur gegen die betroffenen Asylwerber, sondern bestärken auch Organisationen wie den BFJ in ihrer Hetze. Gleiches gilt für eine SPÖ die quasi gemeinsam mit der FPÖ gegen den EU-Beitritt der Türkei mobil macht. Auch der Unwillen der Gewerkschaftsführung gegen den Sozialabbau

der Regierung zu kämpfen, hilft zumindest indirekt den rechten Rattenfängern. In Deutschland haben beispielsweise Gewerkschaftsführer ernsthaft gefordert nicht auf Demonstrationen gegen Sozialabbau zu gehen, weil sich dort Neonazis befinden könnten. Anstatt – wie es dann glücklicherweise ohnehin geschehen ist – Nazis aus solchen Demos zu werfen, hätten sie den Rechten einfach die Führung über die Bewegung überlassen wollen!

WIE WEITER
NACH DEM 9. OKTOBER?

Dreh- und Angelpunkt ist es deshalb selbst aktiv zu werden. Wir sehen die Demonstration am 9.10. lediglich als ersten, erfolgreichen Schritt in einer Auseinandersetzung mit einem durchaus konkreten Ziel: Den Aufbau rechtsextremer Strukturen in Österreich zu stoppen und zu verhindern. Das ist möglich und realistisch – wenn wir uns organisieren. Diese Demonstration wurde unter anderem von "Sozialistischer Widerstand International" (SWI) initiiert. SWI ist eine offene, kämpferische Struktur für Jugendliche die gegen Rechts, aber auch die kapitalistische Politik der etablierten Kräfte, aktiv werden wollen. Jede/r der in diesem Sinne was tun will, kann sich SWI anschließen, mitmachen und/oder auch eine eigene SWI-Gruppe gründen.

TERMINE

4. Oktober, 18 Uhr, Wien

DISKUSSION:

"Nazis zurückdrängen!
Nur Sozialismus kann das
Problem langfristig lösen!"

SWI Wien, Amerlinghaus,
Stiftgasse 8, 1070 Wien

11. Oktober, 18 Uhr, Wien

DISKUSSION:

"Der BFJ und das rechte Netzwerk - Wie dagegenkämpfen?"

SWI Wien, Amerlinghaus,
Stiftgasse 8, 1070 Wien



6./7. November 2004

Das Antifaseminar

Die Themen:

Was ist Faschismus?
Rechtsextremismus heute
Wie kämpfen gegen Nazis?

Anmelden unter
Tel. 01/524 63 10

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt"; Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!



Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at